



Medienkonferenz «Energie- und Klimastrategie 2035 der Stadt Bern» vom Mittwoch,
30. Oktober 2024

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR
BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende

Der Schutz der Umwelt und des Klimas war mir zeitlebens ein grosses Anliegen. Als Direktorin für Soziales ist es mir wichtig, dass die Stadt Bern einerseits ihre Klimaziele erreicht und andererseits bei den Auswirkungen des Klimawandels und der Umsetzung von Massnahmen zum Klimaschutz auf soziale Gerechtigkeit achtet (Handlungsfeld 2 – Strukturen und Rahmenbedingungen). Dies bedeutet grob zusammengefasst, dass alle sorgfältig darauf schauen müssen, dass die Kosten der Klimamassnahmen bei Menschen mit geringen Einkommen sozialverträglich umgesetzt werden. Hier will die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Bei der Umsetzung von Massnahmen muss die gesamte Bevölkerung miteinbezogen werden. Und bei den Auswirkungen des Klimawandels muss insbesondere auf schwächere Personen geachtet werden. Denn diese leben aufgrund sozioökonomischer Segregation häufiger in ärmeren und dicht besiedelten Stadtteilen, die stärker von Umweltproblemen wie Hitzewellen und Luftverschmutzung betroffen sind.

Aus meinem Bereich kann ich von konkreten Massnahmen berichten, die bereits umgesetzt werden. Im Bereich Ernährung (Handlungsfeld 5 – Graue Emissionen und Kreislaufwirtschaft) hat die Stadt insbesondere beim Essensangebot in familienergänzenden Betreuungseinrichtungen direkten Einfluss. Für das Schuljahr 2024/2025 produziert die Stadt an 27 Standorten rund 760'000 Mahlzeiten. Bis 2030 wird ein Bedarf von mehr als einer Million Mahlzeiten pro Jahr prognostiziert. Dabei können dank einer nachhaltigen Produktion, der Reduktion des Fleischkonsums und der Verminderung von Lebensmittelabfällen Emissionen gesenkt werden. Aktuell wird in den städtischen

Betreuungseinrichtungen zwei Mal pro Woche Fleisch serviert. Ab Sommer 2025 soll das Standardangebot in familienergänzenden Betreuungseinrichtungen gemäss der Strategie vegetarisch werden. Fleischmenüs wird es nur noch auf Wunsch geben.

Gezielte Massnahmen zur Reduktion der Lebensmittelabfälle wurden in einem Pilotprojekt im Rahmen des Masterplans Kreislaufwirtschaft umgesetzt. Sie zeigen grosses Potenzial und werden weitergeführt. Die Produktionsbetriebe werden ausgebildet und begleitet, um die notwendigen Fachkompetenzen aufzubauen.

Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ist es zudem wichtig, dass die Stadt weiterhin vergünstigte Mahlzeitentartarife anbietet, damit die Tagesbetreuung für alle zugänglich bleibt.

Der Klimawandel macht sich in Städten besonders bemerkbar und kann negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Davon sind vor allem Kleinkinder, ältere Menschen ab 75 Jahren und chronisch Kranke betroffen. Neben baulichen Anpassungen geht es darum, diese vulnerablen Gruppen vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

Darum hat der städtische Gesundheitsdienst einen Hitzeplan mit zahlreichen Massnahmen zur Information und Sensibilisierung entwickelt (Handlungsfeld 6 – Anpassung an den Klimawandel). Es gibt einen Stadtplan mit Schattenplätzen einschliesslich Spielplätzen und Freibädern sowie allen Brunnen, die Trinkwasser führen (www.bern.ch/hitzeplan). Auf der Website, auf Bildschirmen, mit Briefen und mit Flyern werden vielfältige Informationen für unterschiedliche Zielgruppen bereitgestellt, wie man sich vor gesundheitlichen Problemen während Hitzeperioden schützen kann. Alter Stadt Bern bietet auch eine telefonische Beratung an. Geplant ist zudem im Sommer 2025 ein Pilotprojekt mit dem Kanton mit dem Namen «Hitze Buddy»: Freiwillige unterstützen ältere Personen ab 75 Jahren.

Mit der vorliegenden Strategie ist das Thema sicherlich noch nicht abgehandelt. Eine aktive Beteiligung aller Bewohner*innen ist von zentraler Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Massnahmen keine Diskriminierungsmuster verstärken. Marginalisierte Gruppen haben oft weniger Einfluss auf Entscheidungsprozesse, sind aber von der Klimaerwärmung oft stärker betroffen.

Die städtischen Reglemente und Strategien, die eine Klimawirksamkeit haben können, müssen systematisch überprüft und angepasst werden, damit es keine Fehlanreize gibt und die Klimagerechtigkeit gewährleistet ist.